

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Aboabonnementpreis monatlich 50 Pf., vierjährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierjährlich 4,50 Mk. — Fest- und Versammlungsunterlage 10 Pf. pro Seite 25 Pf. — Geschäftsbüro unterlagen werden nicht ausgenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: H. Hansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wiesenhauer Straße 38—42. Telefon-Nr. 99 u. 89. Teleg. Adr.: Altverband Bochum.

Über Hunderttausend!

Unter dem Druck der Kriegsnot sind endlich doch große Mengen bisher gleichgültig dahinlebender Arbeiter zu der Erkenntnis gekommen, daß es „so nicht mehr weiter gehen darf“. Der beste Beweis für diese Umwandlung der Denkweise ist die beispiellos starke Zunahme der Mitgliedschaft unseres Verbandes im laufenden Jahre.

Wir können unseren Kameraden die hochfreudliche Mitteilung machen, daß zurzeit das erste Hunderttausend der aktiven Mitglieder bereits überschritten ist! Zu Beginn des Jahres 1914 zählte der Bergarbeiterverband 101 986 Mitglieder. Durch die militärische Mobilisierung beim Kriegsausbruch und infolge von Mitgliederverlusten in den vom Kriegsschrecken besetzten Grenzbezirken ging unsere Mitgliedszahl im laufenden Jahr bis Ende 1914 auf 58 873 zurück. Sie verringerte sich wegen anhaltender Einberufungen bis Anfangs 1916 auf 46 371. Von da an ist der Umschlag eingetreten. Den Bergarbeiter wurde nämlich immer mehr klar, daß der Krieg kein Heilbringer sei, sondern durch ihn die Macht des Kapitalismus aus einer Reihe von Gründen, die in dieser Zeitung wiederholt beleuchtet wurden, verstärkt würde. Die wirtschaftliche Not, immer stärker werdend mit der längeren Dauer des Krieges, zwang größere Arbeitermassen zum ersten Nachdenken über die trübe Gegenwart und die nicht hellere Zukunft. Durch dieses Nachdenken sind größere Scharen unserer Berufsgenossen zu der Überzeugung gekommen, für ein Schutzbud in der Notzeit sorgen zu müssen, weil der einzelne Arbeiter einfach machtlos ist. Als dieses Schutzbud erkannten sie den Bergarbeiterverband.

Niemals, so lange unser Verband existiert, hat er einen derart starken Aufschwung genommen, wie im Jahre 1917. Mit 53 404 Mitgliedern ist er in dieses Jahr eingetreten, gegen Ende November musste er bereits über 100 000! ohne die beim Militär befindlichen. Der Zuwachs hält erstaunlicherweise an! In diesem einen Jahre wird unser Verband mindestens 50 000 Mitglieder gewinnen! Der vorher stärkste Zuwachs fiel in das Jahr 1905. Damals stieg die Mitgliedszahl um nicht ganz 25 000. Wenn unsere damalswert rübrigen Kameraden in allen Revieren sich wie bisher dabei halten, dann wird die Mitgliedschaft bis Jahresende noch erheblich über die 100 000-Gitter hinausgewachsen sein.

Da wir zurzeit noch etwa 20 000 Mitglieder im Heeresdienst haben (die genaue Zahl wird am Jahresende zusammengestellt), so zählt der Deutsche Bergarbeiterverband jetzt wenigstens insgesamt 120 000 Mitglieder. Das sind rund 20 000 mehr als bei Ausbruch des Krieges!!!

Ein derartiger schöner Erfolg war nur möglich in erster Linie durch die fleißige, hingebende Werbetätigkeit der Kameraden „draußen in den Bezirken“. Die uns verbliebenen wenigen Angestellten sind allein weiteweiht nicht in der Lage, eben den starken Mitgliederzuwachs zu erzielen, dafür reichte ihre Kraft und Zeit nicht aus, obwohl sie sich auch redlich bemüht haben. Die Werbetätigkeit in den Versammlungen war durch die Kriegsgebote in manchen Revieren sehr beschränkt, zum Teil fast so gut wie unmöglich gemacht. Dennoch sind manchmal gerade dort die stärksten Mitgliederzunahmen zu verzeichnen. Niemals hat es sich wie in dieser Zeit so deutlich gezeigt, daß die Aktion „von Mund zu Mund“, die Haussagitation, weitaus am erfolgreichsten ist. Wo sie am besten praktiziert wurde, da war der Mitgliedergewinn am größten. Es gibt ungefehrt einige Bezirke, wo sich der Mitgliederzuwachs in bescheidenen Grenzen hält. Woran liegt das? Ferner hat in einigen Bezirken ein starker Mitgliederwechsel angehalten, wodurch uns insgesamt nicht wenige tausende Mitglieder verloren gegangen sind. In anderen Bezirken ist der Mitgliederwechsel nur ganz gering. Das muß überall so werden, da es uns ja nicht nur darauf ankommt, die Mitglieder zu gewinnen, sondern wir müssen sie auch dauernd erhalten! Woran liegt der hier grohe, dort nur schwache Mitgliederwechsel? Stellt das fest, Kameraden, und holt das etwa Verlümme nun schlimmst nach. Die Zahl der Unorganisierten ist noch immer recht groß, sie muss unbedingt auf eine kleine Mindezahl herabgedrückt werden. Nur dann kann der Verband seine Ziele und Forderungen verwirklichen.

Der beispiellos große Mitgliederzuwachs beweist aber auch, daß der Bergarbeiterverband auf dem rechten Wege ist, darum im steigenden Maße das Vertrauen der Bergarbeiterchaft gewinnt. Die Erklärungen und Unternehmungen der Verbandsvertretungen zwecks Unterstützung der Landesverteidigung, dazu

die Stellungnahme gegen einen Eroberungskrieg, der neue Menschenfängerien im Gefolge haben muß, werden von den Bergarbeitermassen gebilligt. Die vornehmste Aufgabe unseres Verbandes ist die unmittelbare Einwirkung auf die Verbesserung der Bergarbeiterverhältnisse, die Bekämpfung der kapitalistischen Ausbeutung der Arbeiterklasse überhaupt. Der starke Mitgliederstrom beweist auch, daß die Bergarbeiter die unausgesetzte Tätigkeit des Verbandes auf diesen Gebiete anerkennen. Wäre unsere Mitgliedschaft doppelt oder dreifach stärker, dann würde dementsprechend auch mehr für die Verbesserung der Lohn- und der sonstigen Arbeitsbedingungen erreicht worden sein. Das Bewußtsein, mitverantwortlich zu sein für die Zukunft unseres Vaterlandes, deshalb auch mittraten und mittaten zu müssen beim innewerken, freiheitlichen Ausbau unseres Gemeinwohls, ist durch die Tätigkeit der Verbandsorgane und Funktionäre in den Kameradenkreisen bedeutend verstärkt worden. Unsere ehrlich neutrale Haltung gegenüber den parteilichen Strömungen und religiösen Überzeugungen innerhalb der Arbeiterschaft findet auch die Zustimmung der Kameraden, und hat den Bergarbeiterverband vor inneren Spannungen bewahrt. Das muß unbedingt so blieben, denn die Kräfte müssen zusammengehalten werden. Die Zukunft sieht keineswegs rosig und gefahrlos vor uns. Der Kampf um das Arbeiterrrecht kommt noch zur Entscheidung. Darum seien wir einig, einig und nochmals einig!

Das Mingen um die Arbeiterrichten, der Kampf um das Arbeiterrrecht wird noch größere Anforderungen an unsere Organisation stellen. Unsere lebigen Mittel reichen dafür nicht aus. Ungemein stark sind durch die Kriegsfolgen, insbesondere auch durch die enorme Verlängerung aller Materialien, die Ansprüche an die Finanzen des Verbandes gewachsen. Wir müssen darum, wenn die zukünftig noch stärkeren Ansprüche befriedigt werden sollen, auch für eine weitere finanzielle Rüstung Sorge tragen. Dazu gehört in erster Linie die restlose Erfassung der Beiträge. Aber die Kameraden müssen sich auch überall daran gewöhnen, den höchsten statutarischen Beitragsbeitrag zu entrichten. An allzu vielen Bezirken geschieht das leider noch immer nicht. Darüber hinaus muß durch allgemeine vünftliche Zahlung eines Sonderbeitrages für eine erhebliche Verstärkung der Verbandsfinanzen gesorgt werden. In einer Reihe der anderen Gewerkschaften ist das bereits durchgeführt. Der Bergarbeiterverband darf selbstredend hierin nicht zurückbleiben. Nun der Jahresabschluß schon in einigen Bezirken erfolgt, erachtet an alle Ortsverwaltungen die dringliche Mahnung, den diesjährigen Kostenabschluß so vollständig zu machen, daß alle Mitglieder ihre Beitragspflicht erfüllt haben! Dazu sind die wenigen Wochen bis zum Jahresabschluß recht fleißig auszunutzen.

Hochstens ist der starke Mitgliederzuwachs im laufenden Jahre ganz gewiß. Aber alle unsere Kameraden wissen recht gut, daß überall zahlreiche Berufsgenossen den Weg zum Verband noch nicht beschritten haben. Darunter sind viele Zehntausende, die sehr wohl wissen, daß der Verband nötig und nützlich ist. Allerdings Einwände, vorwiegend nur kleinliche Vorwände, werden von diesen Berufsgenossen gegen den alsboldigen Beitritt zum Verband gemacht. Ernsthaft Abhaltungsgründe werden nicht angegeben. Hier müssen wir mit aller Kraft einsetzen. Alle Bergleute müssen gewerkschaftlich organisiert sein. Das ist das Gebot der Stunde. Wir sind sicher, daß alle, unsere Ortsverwaltungen, nun sie erfahren, wie weit wir bereits vorgeschritten sind, ihre Ehre darin sehen werden, die nächste Zeit eifrig für die weitere Mitgliedervermehrung zu benutzen. Die bevorstehenden Feiertage insbesondere eignen sich vorzüglich für eine umfassende Haussagitation. Daron müssen sich aber auch alle Kameraden kräftig beteiligen, nicht nur einige wenige. Je mehr Solter, desto leichter und ertragreicher wird die Arbeit. Wir arbeiten ja für die Zukunft der Arbeiterklasse.

Gehet also überall frisch und erfolgreich an die Werbungsarbeit, ihr gewerkschaftlichen Pioniere in allen Revieren! Überall ist noch anbaufähiges Ackerland vorhanden. In seinem Revier kann mit Recht gesagt werden: „Hier ist nichts zu machen.“ Der große Erfolg im letzten Jahre beweist, daß der Boden fruchtbringend ist, wenn er in der rechten Weise bearbeitet wird. Ist auch der Boden rauh und hart, um so stärker muß unser Willsein zu dem ersten aktiven Hunderttausend das zweite Hunderttausend Mitglieder hinzu zu gewinnen! Es geht, weil es gehen muß im Interesse der gesamten Bergarbeiterchaft. Darum Glückauf zum zweiten Hunderttausend!

als erfreulich anzusehen, ist die Folge des Industrialismus. Unter den älteren Bergseelen waren die Bergarbeiter weit lebhafter wie heute. Es waren die Industriearbeiter, die oft sogar gegen den Proletat der Bergarbeiter die Aufhebung der alten Bodenständigkeit der Bergarbeiter durchsetzen, ihre Löslöser von der heimatlichen Scholle verlassen haben! Der moderne Großkapitalismus brauchte massenhaft „Hände“. So entstand das Hindernis großer Arbeitermassen. Und nun sollen diese „Hände“ dafür büßen mit dem Verlust des Wahlrechts! Das wird viel böses Blut geben.

Die Wahlrechtsvorlage bedeutet aber auch eine Entziehung der Kriegsteilnehmer, die, wenn sie nach Hause kommen, zu ungezählten Zehntausenden ihre alten Arbeitsstätten besetzt oder ger. infolge des Niederbruchs unseres Weltmarktes, verloren finden, nun sich ihrer meist zwei neue Arbeitsstellen suchen müssen. Alle diese Kriegsteilnehmer würden nach dem Wortlaut der Regierungsvorlagen ihres Wahlrechts verlustig gehen. Das ist unmöglich geschehen darf, darüber dürfte eigentlich kein Zweifel obwalten.

Eine weitere Berichtslinie ist die „Neuordnung“ des Herrschaftshaus. Dieses soll künftig sehr wichtige und in Abrechnung der geplanten Zusammenlegung dieses Hauses zuerst einschneidende Einspruchsräte gegen Beschlüsse des Abgeordnetenhaus erhalten. Dabei ist die künftige Zusammenlegung des Herrschaftshaus so gedacht, daß wohl die hochadeligen Standesherren, Großgrundbesitzer, die Leiter der großen industriellen Unternehmungen, eine Reihe Stadtoberhäupter, außerdem noch

extra Vertreter der Landwirtschaft, des Handels, des Handwerks, der Industrie, im Herrenhaus sitzen sollen, aber eine „Standesvertretung“ der Arbeiter und der Angestellten ist nicht ausdrücklich vorgesehen! In der Praxis läuft es so, daß, was dem Abgeordnetenhaus inhaltlich und Einfluß gegeben ist, durch das Herrenhaus wieder ausgewischt werden kann! So hat sich das preußische Volk der Arbeit die „Neuorientierung“ allerdings nicht gedacht.

Obendrein ist die Annahme selbst dieser mangelreichen Neugangsvorlagen durch die beiden Kamänen des preußischen Landtages keineswegs sicher! Selbst gegen diese Vorlagen werden die jetzt bevorrechteten Reformfeinde hartnäckig kämpfen, alle Waffen bringen lassen, um die Verschärfung des Königsversprechens zu hinterziehen. Bei den nächsten Wochen und Monaten wird das preußische Volk reichlich Gelegenheit haben, die Feinde jedweder volkstümlichen Reform unserer Staatsverfassung gründlich kennen zu lernen.

Preis- und Lohnpolitik im Bergbau.

IV.

Die Verkaufspreise stellen sich gewöhnlich nach Zonen. Wenn beispielsweise der Richtpreis für 1 Tonne 10 Mark beträgt, dann stellt sich der Verkaufspreis:

1. Zone, ohne Konkurrenz: 15, 16, 18 Mk.
2. Zone, schon Konkurrenz: 12, 13, 14 Mk. } über nach Ver-
3. Zone, stärkere Konkurrenz: 10, 11, 12 Mk. } einbarung,
4. Zone, Ausland, bis zu 50 Prozent niedriger wie 1. Zone, also 7,50 Mk. bis 9 Mk., d. h. unter dem Richtpreis.

Die Überpreise beim Verkauf fließen an die Werke. Die

Rheinische Kohlenzeitung vom 8. September 1917 berichtet: „Riesige Überpreise beim Kohlenverkauf muß das Rheinisch-Westfälische Kohlenmonopol im vorigen Jahre erzielt haben. Wie wir nachdrücklich erfahren, sind fürzlich an die Mitglieder des Syndikats die Preisentzüge dieser Mehrgewinne, sowie die vom Kohlenmonopol verdeckten Gewinne der Kohlenhandelsgesellschaften ausgeschüttet worden. Von der Gesamtsumme dieser Gewinne hatten die Zechen schon in den Monaten August bis Dezember 1916, auf dem Wege eines 150prozentigen Aufschlages auf die Berechnungspreise, in die Millionen gehende Beträge abschlagsfähig erhalten. Die nunmehr aufgezählten Beträge sind ebenfalls sehr hoch; für eine große Reihe von Zechen gehen sie je über eine Million hinaus. Die ganze Summe des jeweils auf die Zechen entfallenden Mehreinköpfes über reicht sogar an mehrere Millionen heran.“

Am 14. September 1917 schrieb die „Köln. Volkszeitung“ zu der ab 1. Oktober 1917 geplanten weiteren Erhöhung der Richtpreise:

Auszuggebende Vermutungsgründe für abermaliges Versteuern der Brennstoffe, deren Preise schon durch die Abzugsentlastung nicht vor. Die jetzt geltenden Preise lassen ja den Zechenbesitzern — wie Monats- und Halbjahrsabschlüsse großer Zechenunternehmungen aus dem laufenden Jahre erziellich machen — ganz erheblichen Nutzen. Die Rück- und Sonderbergüter, mit denen das Rheinisch-Westfälische Kohlenmonopol seit geraumer Zeit nicht gezielt, sondern das Freizeit von „Umlage“ erhöhen überblickt die geldlichen Errungen der Zechen beträchtlich; handelt es sich doch hierbei um Verträge, die mehrere Milliarden erreichen. In den geldlichen Abrechnungen mancher Kohlenbergwerke wird man freilich nach diesen Posten vergeblich suchen; sie „verschwinden“ einzig. Die Zechenbesitzer wollen eben nicht, daß man ihnen die Höhe des Gewinnes nachrechnen kann. Unseres Erachtens läßt sich das Kohlengewerbe den arbeiten Genterben gegenüber zu sehr von einem Grundsatze der Jugend leiten: „Wer mich prügt, dem ziehe ich es mehrheitlich, sofern mein Name fair genug ist.“ Dadurch werden aber die gesamten großgewerblichen Unternehmungen in ein Fahrwasser getrieben, das sehr gefährlich wird. Zur Rheinisch-Westfälischen Kohlenmonopol sollte man sich doch endlich vorhalten, daß die Steigerung der Brennstoffpreise sofort wieder weitere Erhöhung von Eisenpreisen zur Folge haben wird; so kommt man aus dem Aufwärtsstreben zum Enden ruhiger und gelinder Entwicklung des Marktes, nicht mehr heraus.“

So urteilt ein durchaus syndikatsfreundliches Blatt über die Syndikatspreispolitik, die nur auf Gewinnerhöhung eingestellt ist.

Der Verlust im Ausland wird durch Mehrpreis im Inland bedekt. Zum Ausgleich der Verluste wird Umlage erhoben. Je stärker der Auslandsabsatz oder der Absatz in das von der Konkurrenz belegte Gebiet ist, um so höher ist die Umlage. Auslandspreise (Kampspreise) und Umlage werden geheim gehalten.

Die Syndikatsumlage wird nach dem Absatz berechnet. Doch werden nähere Angaben darüber nicht gemacht. Nur einmal haben die Zechen Blankenburg für 1911, Borussia und Dahlbusch für 1911 und 1912 ihre Syndikatsumlage, aber nicht ihre Absatzziffer, angegeben. Auf die Förderung und die Arbeiterzahl dieser Zechen berechnet, betrug die Syndikatsumlage (in Mark):

	pro Tonne Förderung	pro Arbeiter
Blankenburg	1,25	287,56
Borsig-Borussia	1,12	207,28
Dahlbusch	1,29	269,92
		332,10

Die Syndikatsumlage schwankte also bei diesen drei Zechen zwischen 1,03 Mark und 1,29 Mark pro Tonne Förderung, und zwischen 207,28 Mark und 332,10 Mark pro Arbeiter. Nehmen wir danach für 1911 nur eine durchschnittliche Syndikatsumlage von 1,15 Mark, für 1912 von 1,05 Mark pro Tonne Förderung an, so erhalten wir bei Ingrundelegung der Gesamtförderung und der Gesamtarbeiterzahl der dem Rheinisch-Westfälischen Kohlenmonopol damals angeschlossenen Zechen folgendes Ergebnis (in Mark):

	1911	1912
Syndikatsumlage insgesamt	99 940 232,50	98 487 549,30
Syndikatsumlage pro Arbeiter	316,43	301,21

Ab März 1916 ist die Syndikatsumlage nicht mehr erhoben worden, wodurch den Zechen dadurch eine Ersparnis von mindestens 1 Mark pro Tonne Förderung entsteht.

Die Preistreibungen, die Überpreise beim Kohlenverkauf und die Ersparnis der Syndikatsumlage steigerten die Gewinnzwecke derart, daß sie nicht mehr veröffentlicht werden. Die Deutsche Bergwerkszeitung vom 24. Juli 1917 teilte mit, daß

die Bechen bis auf weiteres davon abheben, vierteljährlich Betriebsauswerte zu geben. Es sei aber festzuhalten, daß bei einer Reihe von Gesellschaften nicht allein für das erste Halbjahr ein Abrechschuß in der Höhe der Vergleichszeit des Vorjahres, sondern noch darüber hinaus zu verzeichnen ist.

Preiserhöhungen ohne auslösende Begründung, sagt die "Kölner Volkszeitung"! Was fragen die Werksbesitzer dann? Während der Kriegszeit wurden die Mietpreise im Rheinisch-Westfälischen Kohlenhöndrat bisher pro Tonne wie folgt erhöht (in Mark):

	Rente	Kohlelohn	Rote	Kohlegut	Bedarf
ab 1. April 1915	2,00		—	—	2,00
ab 1. Sept. 1915	1,00	1,25	2,00	—	1,00
ab 1. März 1916	—	1,00	1,30	1,00	0,50
ab 1. Januar 1917	2,00		3,00	—	3,25
ab 1. Mai 1917	2,00		3,00	2,00	2,50
ab 1. Oktober 1917	2,00		3,00	—	2,10

Die "Kölner Volkszeitung" vom 7. September 1917 schreibt:

"Die Zehnender drängen auf Erhöhung der Preise um durchschnittlich 2 Mark die Tonne, ohne dafür auslösende Gründe ins Feld zu führen. Sie haben den Handelsminister, der endgültig über die Kohlenpreise entscheidet, unterlegen unterbreiten müssen; innerhalb dieser Zeit muss der Beweis der Notwendigkeit einer zu Interesse der Allgemeinheit liegenden Preiserhöhung möglichst auf sieben vermögen, steht doch, falls sie nicht mehr endlich mit aller Entschiedenheit weiteren Vertretern der Brüderlichkeit, deren Preise ohnehin infolge der inzwischen wirkend gewordenen Reichssteuersteuer ganz außerordentlich hoch stehen, entgegentreten. Normaler Hinsetzung der Preise für Brennstoffe würde ja auch wiederum einen Rückschlag von Preiserhöhungen für Gegenstände des täglichen Bedarfs zeitigen."

Notwendig von Preiserhöhungen! Ganz recht! Aber auch unsere Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt wird dadurch geschwächt. Trestend bemerkte die "Rheinisch-Westfälische Zeitung" am 29. August 1913:

"Unstrittig steht ein möglicher Brennstoffpreis unseren Reiseisenbahnen den Nüden und manz zu wettbewerbsfähig auf dem Weltmarkt. Damit wachsen aber auch die Ansichten für den Absatz."

Die Aussichten für den Absatz wachsen mit der Kaufkraft. Eine gesunde Wirtschafts- und Preispolitik muß daher auf die Stärkung des Inlandsmarkts durch Erhöhung der Kaufkraft unterstützen. Die Lebenshaltung darf nicht ungebührlich verteuert werden, das soll heißen, die Unterhaltskosten dürfen mindestens nicht stärker steigen, wie das Einkommen.

Preise und Einkommen müssen in angemessener Verhältnis zueinander stehen. Die Preispolitik der Werksbesitzer ist über hauptlich nur auf Gewinnvergrößerung eingestellt, wirtschaftlich direkt und indirekt verteuert und läßt ein angemessenes Verhältnis zwischen Preisen und Einkommen aus. Je stärker die Preistreiberei und je geringer der Lohnanteil am Produktionsvertrag, umso dräger ist die Kaufkraft des Inlandsmarktes.

Die Erhöhung der Werkegewinne auf Kosten des Lohnesinkommens reicht zu Neugründungen, Uebererzeugung, führt Wirtschaftskrisen herbei. Das Zurücksetzen des Absatzes infolge mangelnder Kaufkraft ist mir einbare Uebererzeugung. Der Bedarf ist dann vorhanden, er kann nur infolge mangelnder Kaufkraft des Weltmarktes.

Das beste Mittel, Krisen zu verhindern oder zu mildern, ist die stärkere Überführung des beim Warenaums erzielten Preises in das Lohnesinkommen der Arbeiter, weil dadurch die Kaufkraft entsprechend der höheren Produktion gesteigert wird. Ein Bergbau aber ist der Leistungsfähigkeit des Produktionswertes besonders unter dem Einfluß der Syndikatspreispolitik stark zurückgegangen, im gleichen Maße ist natürlich die Kapitalrente, d. h. der Werksgewinn gestiegen. Durch die angeführten Verhältniszahlen wird das auch eindeutig bewiesen.

Die Preis- und Lohnpolitik im Bergbau wirkt selbst- und gemeinschaftlich, und verändert das Wirtschaftsverhältnis zwischen Erzeugung und Bedarf. Durch ihre kurzfristige Preis- und Lohnpolitik schwächen die Werksbesitzer nun allerdings die Kaufkraft, erschweren die Wettbewerbsfähigkeit unserer Weiterverarbeitungsindustrie auf dem Weltmarkt, unterstützen die ausländische Konkurrenz, beschleunigt und verschärft Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit und verteuert letzten Endes die Lebenshaltung.

Unter diesen Umständen fällt die Mitwirkung bei der Preisgestaltung eine schwerere Prämierung in sich, die nur unter bestimmten Voraussetzungen übernommen und getragen werden kann, wie z. B.:

Zusammenfassend kann nach alledem gesagt werden:

Die Drage der Preisgestaltung ist für unser Wirtschaftsleben eine der einzuidensten, und die Verbandsführer würden verächtlich und unverantwortlich handeln, wenn sie sich in der Weise dienstbar machen wollten, wie es wirtschaftig genützt wird und bei den Lohnverhandlungen zum Ausdruck gebracht wurde.

Preise und Einkommen müssen möglichst in angemessenem Verhältnis zueinander stehen, wenn eine Schwächung der Kaufkraft verhindert werden soll. Schwächung der Kaufkraft bedingt Rückgang des Verbrauchs, verringert die Abnahmefähigkeit, führt zu einem Wirtschaftsverhältnis zwischen Erzeugung und Bedarf und damit zu Wirtschaftskrisen.

Eine gesunde Wirtschafts- und Preispolitik muß daher auf die Stärkung des Inlandsmarktes durch Erhöhung der Kaufkraft der Massen bedacht sein. Die Lebenshaltung darf nicht ungebührlich verteuert werden, d. h. die Unterhaltskosten dürfen mindestens nicht stärker steigen, wie das Einkommen.

Es ist eine Unserwahrheit, daß eine Preissteigerung die anderes bedingt und daß das letzte Glied in diesem wirtschaftlichen Kreislauf die Verteuerung der Lebenshaltung bildet. Eine Preisbildung, die auf gesunder Grundlage beruhen soll, muß sich nach den Selbstkosten steigen, wie das Einkommen.

Es ist eine Unserwahrheit, daß eine Preissteigerung die andere bedingt und daß das letzte Glied in diesem wirtschaftlichen Kreislauf die Verteuerung der Lebenshaltung bildet. Eine Preisbildung, die auf gesunder Grundlage beruhen soll, muß sich nach den Selbstkosten steigen, wie das Einkommen.

Eine Erhöhung der Werkegewinne durch Preise, die in keinem angemessenen Verhältnis zu den Selbstkosten stehen, oder auf Kosten des Lohnesinkommens, steigert den Ausdehnungsdrang der Werke übermäßig, reizt zu Neugründungen, Uebererzeugung und führt zu Wirtschaftskrisen. Das Zurücksetzen der Abnahmefähigkeit infolge mannelnder Kaufkraft ist nur scheinbare Uebererzeugung. Der Bedarf ist dann vorhanden, er kann nur infolge mangelnder Kaufkraft nicht gedeckt werden.

Das beste Mittel, Wirtschaftskrisen zu verhindern oder zu mildern, ist die stärkere Überführung des beim Warenaums erzielten Preises in das Lohnesinkommen, weil dadurch die Kaufkraft entsprechend der Erzeugung gesteigert wird. Mögliche, den Selbstkosten angepaßte Preise, warten der Weiterverarbeitungsindustrie den Rücken, machen sie wettbewerbsfähig auf dem Weltmarkt. Damit wachsen ebenfalls die Abschlagsmöglichkeiten.

Blüher Auslands, wie Industriebedürfnisse bedeuten in der Regel eine Unterstützung der ausländischen Konkurrenz, Schädigung der inländischen Weiterverarbeitungsindustrie, Verkürzung der Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit, Verlustung unseres Nationalvermögens und Verfehlung des Auslandes.

Eine Preis- und Lohnpolitik, die hauptsächlich auf einseitige Gewinnerzielung eingestellt ist, willt nach Niedern selbst und gemeinschaftlich. Sie führt zu einem Mißverhältnis zwischen Erzeugung und Bedarf, verzerrt die Kaufkraft, erschwert die Wettbewerbsfähigkeit unserer Weiterverarbeitungsindustrie auf dem Weltmarkt, unterstützt die ausländische Konkurrenz, beschleunigt und verschärft Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit und verteuert letzten Endes die Lebenshaltung.

Unter diesen Umständen fällt die Mitwirkung bei der Preisgestaltung eine schwerere Prämierung in sich, die nur unter bestimmten Voraussetzungen übernommen und getragen werden kann, wie z. B.:

1. Anerkennung der Arbeitersorganisation;

2. Mitbestimmungsrecht der Arbeiter auf die Gestaltung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen;

3. angemessener Anteil am Produktionsertrag;

4. Eis und Stimme in den Preisstellungsstellen.

5. Einrichtnahme in die Geschäftsergebnisse der in Betracht kommenden Werke usw.

Alle diese Voraussetzungen fehlen. Die Verbandsführer sollen dann wohl leidlich titeln zum Frieden seia, Lösungen ohne Gegenleistungen und die Verantwortung für eine Preispolitik übernehmen, auf die sie nicht den geringsten Einfluß haben, die sie folglich gar nicht tragen können. Wir können das nur unter den angeführten Voraussetzungen. Dazu wird es kommen, wenn nicht Macht, sondern Recht entscheidet. Nicht entscheidet aber erst dann, wenn unsere Macht ausreicht, ihm Gestalt zu verschaffen.

Lohnverhältnisse der bayerischen Staatsbergwerksarbeiter.

Bayern ist zwar reich an Erzen und Salzen, weniger an Kohlen, aber die viel günstigere Lage der norddeutschen Metallindustrie — nahe bei großen Kohlenablagerungen und an den Weltverkehrsstraßen, wes die Einfuhr von Kohlenstoffen und die Ausfuhr von Kobaltitonen erheblich erleichtert — hat die bayerische Erzgewinnung und -Verhüttung, die im Mittelalter verhältnismäßig bedeutend war, stark zurücktreten lassen. Erst in neuerer Zeit, namentlich während des Krieges, haben die bayerischen Erzbergwerke (siehe Amberg (bei Nürnberg) und in Südbayern) eine wichtige Bedeutung auch bei norddeutschen Unternehmen gefunden. Die Firma Stinnes ist z. B. auch in das Amberger Erzgebiet vor Jahrhunderten ein erheblicher Betrieb eingedrungen. Solche werden in guter Beschaffenheit, als Roh- und Bleierz, reichlich in den südlichen Salzstädten Reichenhall und Berchtesgaden, auch in Rosenheim, gewonnen. Kohlenbergbau geht nur in Oberbayern (Hausbach-Lengberg und Petersberg) und in der Alpenwelt (St. Ingbert, Mittelberbach), indessen betrachten nicht unbedeutend zur Deckung des Landesbedarfs.

Der bayerische Staat in Besitzer und Betreiber der genannten Salzwerke und Salinen, von Gräben und Hüttenanlagen in oder bei Amberg, Bergen, Bodenmais, Bodenwöhren, Oberndorf, Samerhofen und Reichenberg, durchweg kleine und mittlere Betriebe; ferner sind die Kohlenzechen Reichenberg, St. Ingbert und Mittelberbach Staatsbetriebe. Die Gesamtzahl der auf den bayerischen Staatswerken, Hütten und Salinen beschäftigten Arbeiter belief sich 1913 auf 6528, ging 1914 auf 4339 zurück, stieg aber bis Ende 1916, hauptsächlich infolge starker Anamprägnation der Hüttenwerke, auf 8478. Zumindest in die Zahl gering; der preußische Bergwerksstaat beschäftigt eine 100 000 Arbeiter. Der bayerische Staat wäre aber leicht in der Lage, namentlich seinen Erzbergbau und die Verhüttung erheblich zu vergrößern.

Der neueste Bericht über die bayerischen Staatswerke, von 1916, ist sehr viel kürzer gesetzt als die früheren Berichte. Ein der Haupttheile bringt er über die Verhältnisse der Arbeiter nur die Lohnzahlen. Wenn wir die letzten Angaben mit den früheren vergleichen, so erkennt sich folgendes Bild der durchschnittlichen Jahreslöhne des Arbeiter:

	Rohstoffbergbau	Erzbergbau	Solzwerke und Salinen
1912:	1871	1210	1237
1913:	1450	1233	1338
1914:	1425	1251	1338
1915:	1565	1253	1392
1916:	1827	1721	1538

Auch diese Lohnstatistik zeigt, daß im ersten Kriegsjahr die Durchschnittslöhne entweder sanken oder gleichblieben. Da aber damals schon eine starke Verteuerung der Lebenshaltung einsetzte, stellt sich ein unheiliges Wirtschaftsverhältnis zwischen dem Einkommen der Arbeiter und ihren notwendigsten Ausgaben ein, welches auch durch die späteren Lohnzulagen nicht befehligt wurde, weil inzwischen die Verteuerung der Lebensbedürfnisse immer stärker geworden ist. Wir sehen, daß die Löhne der Rohstoffbergleute am höchsten sind, eine natürliche Folge des Umstandes, daß die Rohstoffbergleute am meisten der gewerblichen Organisation geneigt sind.

Die Bedeutung der Organisation als lebenswichtiges Mittel tritt noch deutlicher in Erkenntnung, wenn wir die Durchschnitt-

lichen Schichtverdienste in Augenschein nehmen. Das geschieht in nachstehender Tabelle, die auch einen Überblick der Lohnentwicklung gibt:

Steinkohlenbergwerke:

	1916	1915	1912	1908/09
St. Ingbert	6,30	5,51	4,80	4,52
Mittelberbach	5,78	5,19	4,60	4,35
Peißenberg	5,56	4,81	4,34	4,08

Erz- und Salzbergwerke:

	Amberg	Bodenmais	Berchtesgaden
1916	5,82	3,51	4,22
1915	8,83	3,51	3,84
1912	4,58	4,05	3,20

Salinen:

	Bodenmais	Reichenhall	Rosenheim
1916	5,10	4,54	4,10
1915	4,58	4,32	3,60
1912	5,36	4,84	3,88

Der höchste Durchschnittslohn wurde demnach in den pfälzischen Gruben St. Ingbert und Mittelberbach gezahlt. Hier ist auch die Lohnzunahme am stärksten, weil sich die dortigen Männer während des Krieges organisatorisch am ehesten bewiesen haben. Auch die Peißenberger Belegschaft hat noch immer höhere Löhne wie die meisten Belegschaften im Erz- und Salzbergbau gehabt, seitdem sie sich beschleckt von dem unschönen Hilfsmittel der Organisation, Gebrauch zu machen. Die Amberger Kameraden haben im letzten Jahre eine auffällige Lohnzunahme erzielt, geschenkt wurde aber auch ihnen nichts.

Vergleichen wir jedoch die Löhne sämtlicher Belegschaften im Kriegsjahr 1916 mit denen im Jahre 1912, dann finden wir höchstens Lohnsteigerungen im Betrage von 30–40 Prozent.

Demgegenüber waren die Kosten der Lebenshaltung 1916 schon um das Doppelte und Dreifache verteuert worden. Daraus erklärt sich unzweck der aufgezeigte Misstrauen der Belegschaften. Daran sind nicht auswärtige Agitatoren schuld, sondern die Lebensmittelpreissteigerer, die man als die "Feinde im eigenen Lande" bezeichneten darf. Deren Treiben hat die Arbeiter unruhig und misstrauisch gemacht.

Der Bericht enthält auch eine spezialisierte Lohnnachweisung, abgestuft nach dem Alter der Belegschaftsmitglieder. Zeilen wir auch diese mit, da sie ein recht interessantes Bild von der Altersgruppierung innerhalb der Belegschaften gibt:

	St. Ingbert	Mittelberbach	Peißenberg

<tbl_r cells="4" ix="5

der Brüder. Jeden zweiten Monat kommt der Steiger mit der Seifahrt an die Reihe, was eine Verlängerung der Arbeitszeit von einer guten halben Stunde zur Folge hat.

Während man die Arbeitsleistung für die Steiger nicht zu knapp misst, schlägt man bei der Berechnung der Brüderin andere Wege ein. Sie werden nur nach der Zahl der Arbeitstage im Monat gemessen. Wer im Monat an 2 oder 3 Arbeitstagen vor Ende infolge des vielen langen Dienstes gefehlt hat, aber nebenbei 6 und mehr Überstunden verfahren hat, dem ist es schon passiert, dass man ihn für die schlendernden Steiger die Brüderin gefürchtet hat.

Heute lag auf der Steigerstube ein Schichtenzettel für die Beamten aus. "Heute wird er im Fahrtsteigerzimmer verwahrt. Die Steiger müssten dies geschehen, damit man an die Inspektion nicht die volle Zahl der Überstunden zu berichten brauche. Denn die Steiger können es ja nicht mehr kontrollieren, ob auch alle Buchungen gewissenhaft nachgeführt werden.

Die Behandlung lässt sich nicht kritisieren, denn sie ist unter aller Art. Die Kameraden, die jetzt aus dem Felde zurückgekommen sind, sagen gar manches Mal, die schlimmste Stelle vor dem Feinde lässt sich besser und leichter ertragen, als diese Behandlung. Draußen hat man seine Pflicht zur vollsten Ausübung ausgeführt, hier kann man überhaupt nichts recht machen und wird zum Daus für seine Mühe wie ein Grabenpferd, das nicht ziehen will, behandelt.

Niemals aber nimmt sich unserer an. Während früher noch mal der Steigerverbund über die Misstände in der Öffentlichkeit berichtete, ist heute über allen Wipfeln Staub.

Soviel die Anschrift. Und will bedenken, dass es die Grubenbeamten nicht besser haben wollen, sonst würden sie sich schon vor Jahren dem Steigerverbund angegeschlossen haben.

Eine Bergarbeiterversammlung zur Ernährungsfrage.

Um das Kriegernährungsamt Berlin B. S. wendete sich eine Bergarbeiterversammlung in Bodum I mit folgender Entschließung:

"Am 21. November 1917 im Lokale des Wirts Böke zu Bodum eingehende öffentliche Bergarbeiterversammlung, eracht das Kriegsamt, die Kartoffelration auf mindestens 10 Pfund auf den Kopf und die Woche zu erhöhen. Die Ernte ist nach allgemeiner Beurteilung zu ergebnig, dass die Gewährung einer Kartoffelration von 10 Pfund ganz unmöglich ist. Ein Nahrungsmitteleinsatz muss mindestens vorhanden sein, von sich die Bergarbeiter feststellen können, andernfalls müssen sie schwierig vor Erhöhung zusammenbrechen. Die Ration von 10 Pfund pro Kopf und Woche entspricht etwa dem Quantum, welches die Bergarbeiter schon in Friedenszeiten einfuhren, obwohl es damals an Brot, Fleisch, Fett, Hülsenfrüchten usw. nicht derart mangelte, wie es jetzt der Fall ist."

Die Versammlung protestiert ferner gegen die unerhörte Steigerung, die mit den Kartoffelpreisen vorgenommen ist. Die neuere Erhöhung der Gemüsepreise, wie sie durch die Heraussetzung der Großhandelszuschläge für Spätmäuse veranlasst wurde, muss als unrichtig und wucherhaft bezeichnet werden. Die Arbeiter können es nicht verstehen, dass die Reichsstelle für Obst und Gemüse den Preisentfall des Großhantels von 20 auf 80 erhöht hat. Eine riesige Verkürzung von Kapuz, Steckrüben, Möhren, Stoppeln usw. ist die Folgeerscheinung.

Infolge dieser hohen Preise sind die Arbeiter gezwungen, täglich zu leben, sie verzögern aus und verlieren völlig. Diese Preispolitik bedeutet eine unerhörte Begünstigung der Agrarier und des Handels. Die schwere Polizei der Arbeiter erfordert es, dass die phantastisch gesteigerten Lebensmittelpreise abgedeckt und auf eine ethische Höhe gesetzt werden. Geht es das nicht, so brechen die Arbeiter zusammen. Die Kosten für Deutschland würden geradezu verhängnisvoll sein und sind nicht zu verantworten."

Goncordia vor dem Schlichtungsgerichtshof.

In der Sitzung des Schlichtungsausschusses für den Landkreisbezirk Nürtingen a. d. Neckar, vom 14. November 1917, kam in Süßen, betreffend Lohnstreitigkeiten zwischen den Arbeiterausschüssen der Schächte III/IV und IV/V der Bergbau-Aktiengesellschaft Goncordia in Oberhausen (Mittelbad), folgende Einigung zustande:

Die Bergbau-Aktiengesellschaft Goncordia ist gehalten:

1. Das Bedingung für Hauer der Seife ist festgesetzt, dass die Hauer bis Ende d. Monats für jede Schicht einen Lohn von 12 Pf. bei normalem Fleisch und normalem Leistung erzielen können.

2. Die Schichtlöhne gegenüber den Löhnern vom 31. Juli d. Js. werden aufgestockt, dass dieselben bis Ende Dezember d. Js. für erwachsene männliche Arbeiter um 1 Pf. mark, für die weiblichen Arbeiter um 75 Pf. und für die jugendlichen Arbeiter um 50 Pf. für jede Schicht steigen.

Die Mitglieder des Arbeiterausschusses erklären sich hiermit einverstanden.

Auszahlung auf Zeche Hugo.

Auf Zeche Hugo I stand am 22. November die Auszahlung statt. Zumal nun die Lohnsätze zur Sprache. Der Auszubau fragte an, welche Lohnsätze die einzelnen Arbeiterklassen im Durchschnitt erreicht hätten und welche Arbeiter unter dem Durchschnitt gehalten seien. Der Beobachter erklärte, dass der Auszubau vor dem Kriege in der Lohnfrage überhaupt nicht zufriedig gewesen sei, in Einzelfällen sei er auch jetzt nicht zufriedig. Die gewünschten Angaben wurden daher nicht gemacht werden. Die Löhne seien gestiegen und würden weiter steigen. Die Schichtlöhner hätten im August eine Zulage von 30 bis 50 Pf. und im Oktober ebenfalls von 30 bis 50 Pf. bekommen. Die verheirateten Frauen hätten 20, die ledigen 10 Prozent Zulage bekommen. Bis jetzt haben sie 3,30 bis 3,60 Mark verdient. Das ist die ganze Ausklärung, die dem Auszubau seine Leistungsmittel zuteil wurde. Der Auszubau wünschte darum noch, dass mehr Leistungsmittel durch die Zeche beschafft und gerecht verteilt werden sollen. Der Beobachter erklärte, dass mehr Lebensmittel nicht beschafft werden könnten. Für eine gerechte Verteilung soll georgt werden. Auch bezüglich der übrigen noch vorgebrachten Bemühungen wurde Nachprüfung und Entgegenkommen eugesagt.

Beitragszehrung bei der Volksischen Berufsvereinigung.

Am 11. November d. Js. tagte in Bodum eine Konferenz der Bergarbeiterabteilung der Volksischen Berufsvereinigung, an der die Organisationsvorstände aus 13 rheinisch-westfälischen Bezirken sowie der Vorstand der befreigten Abteilung teilgenommen haben. Es wurde beschlossen, dass die Organisation ihren jahresmäßigen Betriebszuschluss aufzulösen und für die Zeit nach dem Kriege bereitgestellt werde, den Mitgliedern zu empfehlen, vom 1. Januar 1917 an einen Sonderbeitrag von 50 Pf. zu entrichten. Es ist zu bemerken, dass der überwiegende Teil der Mitglieder der Bergarbeiterabteilung der Volksischen Berufsvereinigung bis jetzt nur 50 Pf. Beitrag zahlt.

Ein Beitrag zur Kohleknappheit.

Bei einem erzählerischen alten Bergmann wird uns geschildert: "Man sollte meinen, dass in jeglicher Zeit alles geschehe, um die große Kohleknappheit zu beheben. Besonders sollte man das von den Steigern erwarten. Dass dies aber nicht immer der Fall ist und es den Steigern nicht darum onsernt, den Lohn zu drücken, will ich an verschiedenen Beispielen gleich zeigen. Unzere Kameradschaft besteht aus 10 Mann. Bis zum 20. des Monats würden uns jedoch keine Schwierigkeiten gemacht. Doch kurz darauf, als der Steiger wohl noch gerechnet hatte, doch mit an Zahn waren (wie der bergmännische Ausdruck lautet), wenn man denkt, dass Gedanke es ist zu reden), fand er an, und knüppel zwischen die Beine zu werfen, und zwar versuchte er diesmal, uns die nötigen leeren Wagen zu entziehen. Als der Lehrhauer sich wieder wehrte und auch entgegen dem Befehl des Steigers sich jetzt leere Wagen vom Zug abholte, als wir unbedingt möglic hätten, bestrafe ihn der Steiger, und zwar wegen Störung der Förderung. Und was war die Folge davon? Der Lehrhauer wurde über diese Ungehorsamsigkeit verhängt und gebrüllt, dass er den Steiger am anderen Tage wegen der Strafe zur Reihe stelle und, als der Steiger dann sagte, er würde ihn solange bestrafen, bis doch er seinen Befehlen ohne Widerstand gehorche, sich tatsächlich an denselben vergriff. Die nächste Folge war die sofortige Entlassung des Lehrhauers, und die Reihe war wieder um einen tüchtigen Arbeiter ärmer. Ein unfechter Arbeit (Streichbaut) wird durchschnittlich im Monat ein Berichttag gemacht. Jeder Bergmann weiß, dass wenn Berichttag gewünscht wird, immer ein bis zwei Schichten beim Rollen gehauen werden können, und dadurch ein großer Nachfall an Rollen und, dadurch bedingt, ein Lohn entfällt. Der neue Berichttag wird gewöhnlich 8 Minuten älter entfernt gemacht. Wenn das regelmässig geschieht, dann verfügt der Bergmann nicht mehr, wenn der Bergmann einen einzigen

wenden kann. Aber was macht der Steiger, um den Lohn zu drücken? Nun sind wir mit den Kohlenwünschen 6 bis 7 Meter vom Berichttag, so bestellt er schon, dass morgen oder übermorgen ein neuer Berichttag gemacht werden muss, kann man vereinbaren, dass vom Kohlenwunsch zum neuen Berichttag noch wenigstens 2 Meter frei bleiben müssen als Fahrweg und zum Herauftragen der Kohle. Der Steiger verlangt also jetzt von uns, dass wir, nicht wie gewöhnlich auf 8 Meter, den neuen Berichttag abschlagen, sondern schon auf 5 oder 6 Meter. Und warum? Nur um den Lohn zu drücken. Was für Gejuhe hochwagenlosen bei den Arbeitern auslösen, die hier zündende Arbeit unentbehrlich vertreten müssen, braucht wohl nicht näher geschildert zu werden.

Noch ein dritter Fall: Der letzte des Monats fiel gerade auf einen Sonntag, und anwends jährt die Morgenwacht wieder wie gewöhnlich an. Die Kameradschaft, um die es sich hier handelt, sämtlich vollständig zu dieser Reihe, ist an. Alles hat jowohl seine Pflichtigkeit. Aber als kurz nach der Reihe, um die Steiger gerufen wird, wir haben wir verdient! sieht sich heraus, dass die Kameradschaft, nach Aussage des Steigers, viel weniger verdient haben, als sie nach ihrer Berechnung verdient haben müssen. Und wie läuft sich nun die Geschichte auf? Der Steiger hat einfach die Kisten, die die Nacht am letzten des Monats bei einer Kameradschaft gefordert worden waren, auf den folgenden Monat angewiesen, während er die Schichten noch denselben Monat verordnet hat. Nun darf man ja nicht meinen, die Kameradschaft hätte viele der 20 Mark pro Schicht verdient, nein, sie hatte noch nicht ganz 11,50 Mark verdient.

Und warum kann sich der Steiger nun solche Niederkosten erlauben? Weil er ganz genau wusste, den nachfolgenden Monat ist die Kameradschaft nicht in der Lage, etwas zu verbieten, und kann deshalb nicht ihre Rechte durchsetzen. Ich könnte aus meiner Erfahrung noch viele und ähnliche Fälle anführen, wo, gelinde gesagt, der Steiger seine Tätigkeit total verdeckt aufschlägt, und dadurch die heute so nötige Arbeitsfreudigkeit der Bergarbeiter verhindert und eine Erhöhung unter denselben erzeugt, die in der Lage, in der sich heute das Vaterland befindet, für dieselbe verhängnisvoll werden kann.

Wer jemals Begeuer des Tarifvertrages im Bergbau war, der soll nur mal ein paar Monate die schwere und gefährliche Arbeit eines Kohlenbauers vertragen und dabei einen Steiger als Vorgesetzten haben, der seine Tätigkeit in der oben geschilderten Weise ausübt. Ich glaube, dass aus ihm schnell ein Saulus ein Paulus werden würde.

Für uns Arbeiter ergibt sich daraus die Notwendigkeit, vor allen Dingen darum zu sorgen, dass wir auch im Bergbau sobald als möglich Tarifverträge erhalten. Um dieses erreichen zu können, dazu gehört vor allen Dingen eine starke Organisation, und darum rufe ich allen Unorganisierten auf: Trete in den Verbund! Und den Verbund aufzustützen und dem Verbund anzutreten! Außerdem wird auch die Frage des Tarifvertrages in unserem Eintritt und zum Besten der Bergarbeiter geregelt werden. J. R.

Militär in Reinhardt.

Ein Hauer der Zeche Siegfried erhielt am 24. Oktober (Lohntag) nur 7,00 Mark pro Schicht ausbezahlt und forderte deshalb seine Entlohnung, die ihm auch zugesagt wurde. Da er kaum seien, kam er erst am 10. November wieder zur Zeche, um seinen Abfehlschein zu nehmen, der ihm dann aber verweigert wurde. Nun lief der Monat zwischen den 10. und 12. November hin und er, einmal zum Schichtaufschlag gekommen, dann wieder zur Zeche, ohne seinen Abfehlschein zu erhalten. In der Verhandlung am 2. November vor dem Saalgerichtsausschuss erklärte sich dieser für ungünstig, weil die erste Beleidigung erst nach Ablauf der 14-tägigen Frist, nach Verlassen der Arbeit beim Bergbau eingegangen war. Die Wahrheit einer Bergleute, dem Arbeitgeber doch die Entlassungsschreie zu geben, wurde von dem Beleidigten nicht beobachtet. Willkür ist kein Kultivatur. Natürlich ist in der Zeche das Ich's Wort noch nicht gesprochen.

Überbergamt Bonn.

Folgeschwerverer Grubenbrand auf Anna.

Am 1. Dezember ereignete sich auf Grube Anna, welche zum Eichstädter Bergwerksverein gehört, ein folgeschwerverer Unfall. Die Explosion einer Benzinklopfen verursachte einen Grubenbrand. Bis gegen die Zahl der Opfer ist, war uns bis zur Auslieferung der Zeitung nicht bekannt. Bis dahin waren uns 14 Tote gemeldet, während 45 Arbeiter noch vermisst wurden.

Geschäftsführer als Bergarbeiter.

Ju großer Gott sind Geschäftsführer von industriellen Werken und von den Leuten zur Arbeit reklamiert worden. Das geschah natürlich nicht, um die Produktion zu geben, sondern aus rein privaten Gründen. Es ist das ein sehr dummes Kapitel. Das selbstvertretende Generalkommando in Nürnberg hat es auf den Bergarbeiter vertragen, dass der Geschäftsführer nicht direkt verantwortlich und mehr zu Gefährdet und Aushängeschild für Bergarbeiter werden kann. Das sollte überall geschehen, denn überall ereignen diejenigen Geschäftsführer und Aushängeschilder den berüchtigten Unterkünften der Arbeiterschaft. So gehen uns augt aus dem rheinischen Bergbauregionen Bischöfliches zu, die der Empörung der Arbeiterschaft über diese Drückebgercei Ausdruck verleihen. Von der Grube Greifach bei Horrem wird uns mitgeteilt, dass dort der Bahnhofsinspektor Josef Lutz, der Bader Peter Eickhoff, der Fabrikunternehmer Wilhelm Stöffels und der Schreinmeister Peter Steffens tätig sind, und sich so vor der Bergpolizei drücken. Auf Vereinigte Wille arbeiten der Landwirt Andreas Neimier und Landwirt Peter Göller auf Maximilian der Landwirt Franz Über, auf Graf Fürstenberg der Landwirt Peter Bremer. Das sind nur einige Eindrücke. Es wäre notwendig, dass die Militärbehörde auf allen Gruben gründlich Nachforsch hält, die Geschäftsführer und Aushängeschilder aus den Betrieben herausstößt und dafür wirkliche Bergleute einstellt. Diese Drückebgercei muss auf ehrliche Arbeiter direkt auftreten können, und es ist notwendig, dass damit Schluss gemacht wird.

Saargebiet und Reichslande.

Auszahlung der Berg-Inspektion 3 (König)

vom 19. November 1917. Tagessordnung: 1. Einführung drei neu gewählten Ausschussmitgliedern. 2. Berichte des Bergabteilungsberichts der letzten Sitzung. 3. Anträge des Arbeiterausschusses: a) allgemeine Lohnforderungen, b) Beleidigung von mehr Söhnen, Eher und Kinder, c) Lebensmittelkrisen, d) Beleidigung eines anderen Schlosshauses, e) Beleidigung eines Siedlervereines und elischer Arbeit, f) Beleidigung von Ammoniak, g) Beleidigung über den Kohlenknappheitsfall und Lieferung mit der Fabrik, h) Beleidigung von Petroleum und Gummiradialen für radikalere Bergleute. 4. Berichtsbericht.

Die Sitzung wurde um 4 Uhr vom Herrn Oberbergrat Dr. Brunzel eröffnet und geleitet. Bei Punkt 1 wurden drei neu gewählte Söhnen (Arbeitskameraden) eingeführt. Zu Punkt 2 wurden die Anträge der letzten Sitzung teils in Zustimmung, teils ablehnender Weise abgelehnt. Bei Punkt 3: a) allgemeine Lohnforderungen, wurde vom Ausschuss darauf hingewiesen, dass im August und September viel zuviel Lohnen ausbezahlt wurden. Dass selbe Löhne zum Lebensunterhalt nicht ausreichen würden, ist ohne weiteres klar. Im Oktober trat der zwischen Bergabteilungsbericht und Arbeiterausschuss vereinbarte Hauerberichtsberichtswahl von 10,50 Mark in Wirklichkeit. Obwohl heute noch kein richtiges Ergebnis festgestellt werden konnte, ist der Ausschuss der Auffassung, das hier keine befriedigende Lösung gefunden werden kann. Der Bergabteilungsbericht war jedoch nicht erreichbar. Somit wurde erneut der Ausschuss der Arbeiterausschuss vereinbart, dass die Bergabteilung die Arbeiterschaft aufzulösen und die Arbeiterschaft aufzulösen. Diese Drückebgercei muss auf ehrliche Arbeiter direkt auftreten können, und es ist notwendig, dass damit Schluss gemacht wird.

Ein Ausschussmitglied klagte über ungünstige Entlohnung der über Tage beräumten Handwerker. Da jeder arbeitende Handwerker sei der Bezahlung der geleisteten Handwerker eine höhere, als auf den Königsbauten Gruben. Sie würden den Hauern gleichgestellt zu werden. Der Berichtsbericht erachtete dies als ungünstig.

Gesellskameradschaften zu verhindern." Dr. Brunzel blieb bei seinem ablehnenden Standpunkt.

Zu b) wurden lebhafte Klagen geführt über ungünstige Schuhversorgung. Auch mehr Leiber zum Selbstreparieren wurde gefordert. Auch fehlt es der Belegschaft an Arbeitskleidern; schon im Mai wurden diesbezügliche Wünsche vorgebracht. Leiber die Lieferung eines Probeanzuges ist es nicht hinzugekommen. Auch wurde über das Schuhgeschäft Oppenheimer geklagt, wo Lieferverzögerung der Höchstpreise und schlechte Packung vorgekommen sei. Seitens der Verwaltung wurden die bestehenden Verhältnisse anerkannt und Abhilfe somit als möglich angezeigt. c) Zur Bezeichnung von Lebensmitteln wurde angefordert. Auch fehlt es der Belegschaft an Lebensmitteln; schon im Mai wurden Kartoffelrationen von 10 Pfund Kartoffeln bei den maßgebenden Stellen zu fordern. Zu d) wurde beantragt, einen weiteren Unterkunftsraum für Arbeiter zu schaffen, da im Winter und bei verschlechterter Zugverbindung eine Anzahl Arbeiter ihren Wohnort täglich nicht mehr erreichen können. Es wurde Prüfung und Gutachten angestellt, ob durch die Kartoffelration vor der Zeit aufgegeben. Auch wurde beantragt, anstatt 7 Pfund Kartoffeln bei den maßgebenden Stellen zu fordern. Zu e) wurde beantragt, einen weiteren Unterkunftsraum für Arbeiter zu schaffen, da im Winter und bei verschlechterter Zugverbindung eine Anzahl Arbeiter ihren Wohnort täglich nicht mehr erreichen können. Es wurde Prüfung und Gutachten angestellt, ob durch die Kartoffelration vor der Zeit aufgegeben. Auch wurde beantragt, anstatt 7 Pfund Kartoffeln bei den maßgebenden Stellen zu fordern. Zu f) Pachtung von Ammoniak wird in bestmöglichem Umfang nach dem Abschlag erfolgen. g) Es wurde vom Ausschuss gefordert, dass der Arbeitseigentümer die Kostentlastung der Belegschaften auf die Kosten der Belegschaften überträgt. h) Pachtung von Petroleum und Gummiradialen, wurde die Belegschaften vertrieben. Unter Verleidung wurden eine Anzahl Anträge und Wünsche usw. vorgebracht; darunter die Anfrage, wie es mit der Rückzahlung des höheren Kartoffelpreises steht, den ein Teil der Belegschaft anfangs Oktober zahlen mußte. Die Sache soll geregelt werden.

Wohlfahrtseinrichtungen.

Von der Berginspektion IV, Grube Dubbeleiter, wurden in diesem Sommer den Bergarbeiterinnen die Koloniewohnungen gefündigt, um kinderreichen Familien Platz zu schaffen. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen. Viel Zeit haben diese Leute ihre ganze Arbeitskraft in den Dienst des Staates gestellt, in dem Augenblick ist aber, wo diese Arbeitskraft erledigt ist und Arbeitslosigkeit eintreten, müssen sie aus den Koloniewohnungen heraus und unverzüglich den Arbeitskräften mit reicher Kinderzahl Platz machen. Wenn diese Arbeitskräfte einmal verbraucht sind, will ihnen das gleiche Schicksal, und so geht es weiter. Die Koloniewohnungen dienen also im Grunde genommen nur der eingeschränkten Gewinnserlöserung, nicht dem Gemeinwohl. Es sind "Wohlfahrtseinrichtungen" zum Wohl der Werke, nicht der Arbeiter; Mittel zum Zweck der Gewinnvergrößerung. Den Arbeitern, die das nicht einsehen, ist nicht zu helfen.

Süddenmarkland.

Eingabe gegen Zugverpätnungen.

Die Pfälzer Bergleute, die auf den fischäischen Gruben des Saarbetriebs arbeiten, hatten während des Krieges oft grosse Schwierigkeiten, um bei den stets wiederkehrenden Zugverpätnungen rechtzeitig zur Schicht und von der Grube wieder nach Hause zu kommen. Neben den Schülern auch der Grubenbetrieb in empfindlicher Weise, so dass die fischäischen Bergleute sehr häufig dazu gezwungen waren, den verpäten Bergleuten zugestellt zu werden. Um größere Zugverpätnungen zu verhindern, mussten die Bergleute oft die ganze Schicht ausfüllen und dem Bergbau folgen. Besonders die mit den Jungen Kaiserleuten Saarbrücken und Münster a. S. Gomburg fahrenden Bergleute fanden aus den Bergleuten und dem Bergbau nicht heraus, da sie oft bis zu 18 Stunden unterwegs waren und oft stundenlang zu Fuß nach Hause laufen mussten, weil sie keinen Anschluss infolge der Verpätnungen verloren konnten.

Die Saarbrücker Bergabteilung unseres Verbandes wendete sich nun in einer Einzabe zu der Lsg. Eisenbahndirektion in Ludwigshafen, um Abhilfe zu erzielen. Die Eisenbahndirektion teilte der Bergabteilung in Beantwortung der Eingabe folgendes mit:

"Die Verpätnungen des Personenzuges 1724 röhren zum Teil von der Verpätnung des Zuges 1721 her, der